

Die Ukraine, Russland und der Westen

Konfliktursachen und Lösungsmöglichkeiten

**Friedrich Glasl im
Interview mit André Bleicher**

Das Interview mit Friedrich Glasl hat André Bleicher für die Sozialimpulse am 22. Mai 2015 in Salzburg geführt. Es ergab sich wider Erwarten ein außerordentlich langes Gespräch, welches zunächst komplett transkribiert und dann in vier Interviewblöcke gegliedert wurde.

Im ersten Block wird der Ukraine-Konflikt in kultureller, politischer und ökonomischer Hinsicht unter die Lupe genommen. In einem zweiten Gesprächsabschnitt wird erörtert, inwieweit der Ukraine-Konflikt auch Spiegelbild eines größeren Konfliktes ist – einer „Neuaufgabe“ des Kalten Krieges. Eine dritte Passage des Interviews dient dazu, die charakterisierten Konflikte zu typisieren. Der letzte Teil ist der Entwicklung von Szenarien für die Zukunft gewidmet.

Kulturelle, politische und ökonomische Dimensionen des Ukraine-Konflikts

A. Bleicher: Schon Samuel Huntington hat in seinem „Kampf der Kulturen“¹ in der Ukraine einen kulturalistisch motivierten Konflikt beschrieben, welcher zu einer Spaltung der Ukraine führen könnte. Welche Konfliktlagen existieren in der Ukraine in kulturalistischer Hinsicht?

¹ The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order, New York 1996 (auf deutsch erschienen als: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München 1998).

F. Glasl: Es existieren tatsächlich Bruchlinien in der Ukraine, die auf einer kulturellen Ebene angesiedelt sind.

Es gibt zwei konkurrierende orthodoxe Kirchen, die russische und die ukrainische. Beide sind etwa gleich stark und unterscheiden sich hinsichtlich ihrer theologischen Positionen so gut wie gar nicht. Die Liturgie ist weitestgehend dieselbe. Unterschiede bestehen nur in der Sprache und in den Besitzverhältnissen der Kirchen. Ich habe, als ich in Kiew war, Messen beider Liturgien besucht, die wunderschönen Chöre angehört und meine ukrainischen Freunde immer wieder gefragt: Was ist da der Unterschied, warum existiert hier eine Trennung? Gerechtfertigt wird diese Trennung allenfalls durch die je unterschiedliche sprachliche Affinität und die Frage, ob die Kirche der Moskauer Richtung folgt oder an Kiew angeschlossen ist.

Eine andere Bruchlinie reicht sehr weit zurück. Markus Osterrieder entwickelt sie entlang dem Aufeinandertreffen verschiedener Völker in diesem Raum: zuerst der Illyrier und der Kelten, dann der christlichen und der nichtchristlichen Religion und zuletzt der römisch-katholischen Kirche und dem orthodoxen Christentum. Daraus wird ersichtlich, dass es sich bei der Ukraine um einen kulturellen Melting-Pot handelt. Wobei allerdings immer eine bestimmte Gruppe während einer Phase die Oberhand gewonnen und dann die Minderheiten dominiert hat.

In der Zeit des Zarismus erreichte die russische Orthodoxie eine dominante Stellung und löste nach der Oktoberrevolution eine Gegenbewegung aus, ein Erstarken der ukrainischen Orthodoxie. Das ist ja immer ein Signum in Krisengebieten: Wer eine Mehrheitsposition innehatte, benahm sich gegenüber den Minderheiten nicht sehr tolerant, und wenn sich dann die Machtverhältnisse änderten, führte das bei der bisherigen Minderheit zu einer Tendenz zur Vergeltung und zu dem starken Bedürfnis gewisse Entwicklungen nachzuholen.

A. Bleicher: Stellt auch der Sprachkonflikt – Russisch oder Ukrainisch – eine solche Bruchlinie dar?

F. Glasl: Nach meinen Erkenntnissen wird die Bedeutung der Sprache überbetont. Seriösen Befragungen zufolge antworteten in der Gesamtukraine vor der Eskalation des Konflikts auf die Frage – „Was ist ihre tägliche Umgangssprache?“ – 80 % der Bevölkerung – „Russisch“ – und wiederum 80 %: „Ukrainisch“. Die Bevölkerung ist weitgehend zweisprachig und spricht gleichermaßen gut Russisch und Ukrainisch. Die Aussage, dass im Westen bzw. im Osten der Ukraine der Sprachkonflikt zu einer Spaltung geführt habe, ist – so meine ich – eine politische Inszenierung. Das ist anhand der wirklichen Verhältnisse so nicht zu belegen und lässt uns vielmehr fragen, wer ein Interesse daran hat, Differenzen zu konstruieren, wo es bisher Gemeinsamkeiten gab...

Die Orientierung auf unterschiedliche hegemoniale Akteure bzw. Großmächte hin hinterließ Spuren und begründete eine Vielzahl von Identifikationsmustern: Ein Teil der Ukraine war z.B. ehemals Teil der Habsburger Monarchie, und die polnische Seite regierte in die Ukraine hinein. In krisenhaften Situationen reagieren die Menschen stark regressiv. Sie berufen sich auf die Geschichte als Legitimationsmuster und leiten daraus Ansprüche ab. Was vor 100 bzw. 200 Jahren stattfand, dient dann als Begründung für das gegenwärtige Handeln und für Gestaltungsoptionen die Zukunft betreffend. Mittels solcher Appelle an das kollektive Gedächtnis werden Begründungen für die zwischen den einzelnen Gruppen in der Ukraine angeblich tiefgreifenden Differenzen konstruiert. Ich halte diese Zuschreibungen jedoch für eine Taktik, um gezielt Konflikte zu generieren.

Mein letzter Arbeitsbesuch in der Ukraine war im Juni 2013, als gerade die Proteste auf dem Maidan einsetzen.

Mir wurde immer erklärt, die Triebfeder der Proteste sei der Ekel vor der Korruption der politischen Klasse, die sich nach jeder Revolution – sei es nun die orangene oder eine andere – wieder Bahn brach, weil jede Revolution im Grunde dazu führte, dass die Mächtigen sich daran bereicherten. Protest gegen dieses Wiederholungsspiel der Korruption hat die Dynamik des Maidan anfänglich in starkem Ausmaß genährt. Später haben sich dort jedoch noch andere Kräfte eingemischt und das Ganze anders aufgeladen.

A. Bleicher: In der Tat scheint vieles dafür zu sprechen, dass die sprachliche Leitdifferenz konstruiert ist...

F. Glasl: ...und inszeniert wird.

„...unglaublich schwer..., Demokratie zu erlernen“

A. Bleicher: Es stellt sich bei alledem die Frage, ob es sich dabei tatsächlich um „Revolutionen“ handelte, oder eher um einen bloßen Elitentausch. Denn die Unzufriedenheit mit der herrschenden politischen Elite führte zu ihrer Absetzung – das System blieb im Grunde jedoch dasselbe.

F. Glasl: Das sehe ich ähnlich. Sie wissen, dass ich seit vielen Jahren in Georgien und Armenien tätig bin. Meine Erfahrung ist, dass es für die Völker dort unglaublich schwer ist, Demokratie zu erlernen. Das Muster – und das trifft auch auf die Ukraine zu – ist immer ein ähnliches. Zunächst ist die Opposition sehr glaubwürdig, sie prangert die Missstände an. Kaum ist sie indes an die Macht gelangt, verfällt sie in die gleichen Muster, wie die vormalige korrupte Machtelite.

Nehmen Sie zum Beispiel Michail Saakaschwili, der als Sprecher der Opposition gegen Schewardnadse zunächst außerordentlich wirksam war. Als Präsident begann er einen Kampf gegen die Korruption, indem er im mittleren Management der Verwaltung, der Polizei, des Zolls usw. radikal die Führungskräfte austauschte und durch neue, nicht korrupte Akteure ersetzte. In der zweiten Amtsperiode jedoch – er konnte kein drittes Mal wiedergewählt werden – versuchte er zu raffen, was nur zu raffen war. Er unterdrückte die politischen Gegner und verfiel in die gleichen Verfahrensmuster wie seine Vorgänger. Wiederum ging die Opposition dagegen vor.

Der Anführer des nächsten Parteienbündnisses, der international erfolgreich tätige Bankier Iwanischwili, ist sehr prosozial eingestellt und verhielt sich zunächst sehr integer. Bevor er sich in die Politik begab, förderte er großzügig die biologische Landwirtschaft, sanierte die staatliche Universität in Tiflis mit seinen privaten Mitteln. Er gelangte auf demokratische Weise an die Macht. – Aber auch der neue Präsident Margwelaschwili weiß nicht recht, wie mit der demokratisch gewählten Opposition umzugehen ist.

In Armenien ist Ähnliches zu beobachten: Jede Partei bezeichnet die amtierende Regierung als kriminell und verspricht vor der Wahl die Bekämpfung der Korruption. Doch kaum ist sie im Amt, beginnt sie sich am staatlichen Vermögen zu bereichern, als wäre es ihr Privatbesitz, wird daraufhin abgewählt – und das Spiel beginnt von Neuem. Diese Länder haben also immer ein großes Problem damit, mit Andersdenkenden, mit der Opposition, so umzugehen, dass ihr ein legitimer Platz im demokratischen Spiel zukommt. Die Opposition sagt mit guten Gründen, die Regierung sei korrupt, und die amtierende Regierung bezeichnet im Gegenzug die Opposition als Terroristen. Nach dem Machtwechsel beginnt dasselbe Muster.

Daher hat sich bei den Bevölkerungen die Meinung verfestigt, die jeweilige Regierung sei grundsätzlich korrupt und die Opposition bestehe nur aus Terroristen, die an die Macht kommen wollen, um diese zu missbrauchen. Dieses Denkmuster finden Sie auch in der Ukraine. Es herrschen Enttäuschung und Unmut – was zu einer Konkurrenz aller Kräfte führt anstatt zu einem gemeinsamen Auftreten gegen den gemeinsamen Feind. In der Ukraine konnte dieser tatsächlich bezwungen werden und musste das Land verlassen (übrigens: wie Saakaschwili auch, der jetzt Gouverneur in der Westukraine ist!). Aber immer, wenn sich die Frage stellt – Was sind unsere Gemeinsamkeiten, was wollen wir denn nun konstruktiv erreichen? – kommen erhebliche Divergenzen ans Licht. Und das Ganze wird noch schwieriger dadurch, dass sich aus dem Ausland permanent Kräfte einmischen und verdeckt Einfluss nehmen.

A. Bleicher: *Zu Zeiten Kutschmas wurde ja eine Art präsidentieller Demokratie etabliert. Karrieren konnten also mittels sozialer Nähe zum Präsidenten realisiert werden, während danach Parteienführer ein Machtoligopol etablierten. Unter Janukowytsch entstand wiederum eine Art präsidentieller Demokratie.*

F. Glasl: Das stimmt und mittlerweile gibt es wieder ein Machtoligopol von Oligarchen, das je nach Interessenslage kartelliert ist oder sich wechselseitig paralyisiert.

„Blick auf die ökonomische Situation...“

A. Bleicher: *Werfen wir einen Blick auf die ökonomische Situation der Ukraine. Die Transformation in den osteuropäischen Ländern war in den 1990er Jahren in wesentlichem Maße neoliberal geprägt mit einem starken Downsizing der Kombinate und einer Zerschlagung der Wertschöpfungsketten. Diese neoliberale Ausrichtung hat die Ukraine nicht in ebensolchem Ausmaß getroffen wie die GUS, denn im Osten der Ukraine blieben die Metallindustrie und Bergbauindustrie einigermaßen erhalten...*

F. Glasl: ...es handelt sich dabei um das Ruhrgebiet Russlands.

A. Bleicher: *Die Privatisierung unter Kutschma kann jedoch als eine Art ursprünglicher Akkumulation beschrieben werden: Die Klasse der Oligarchen entsteht. Und nun kommt es zu einem merkwürdigen Zusammenspiel: Der Staat beschützt die Oligarchen vor der Konkurrenz und umgekehrt stützen die Oligarchen das korrupte politische System.*

F. Glasl: Das trifft leider in hohem Grade zu. Die Privatisierungen erfolgten nach diesem Muster. Und die Oligarchen unterhalten eigene Privatarmeen, die aber nicht wirklich der zentralen Befehlsgewalt von Kiew unterstehen.

Lassen Sie mich einen kurzen Blick auf die Sowjetunion in der Phase Gorbatschow werfen, denn dort kristallisierte sich das Muster heraus, welches seither überall beobachtet werden kann. Ich weiß aus sehr guter Quelle, dass die Idee von Gorbatschow – mit der Dreigliederungsbrille gesehen – war, zunächst die kulturelle Befreiung zu installieren. Weshalb er unter dem Stichwort Glasnost die Pressefreiheit und Meinungsfreiheit auf der Straße förderte.

Als ich 1986 zum ersten Mal auf Einladung russischer Institutionen nach Leningrad fuhr und Seminare für Kader aus Wirtschaft und Politik hielt, führte ich dort Gespräche mit Leuten, die vehemente Kritik an der kommunistischen Ideologie äußerten – das war bereits ein Stück weit

Freiheit im Geistesleben. Gorbatschow wollte zunächst Freiheit im Geistesleben ermöglichen, dann Rechtsreformen umsetzen und zum Schluss erst die ökonomischen Reformen in Angriff nehmen.

Durch enormen Druck von US-Seite – zu 150 % neoliberal geprägt – wurde das Prozedere umgedreht: Es kam zu den Privatisierungen als Start der Wirtschaftsreformen, obwohl es dafür noch gar keinen rechtlichen Rahmen gab. Mit der Folge, dass nur die Nomenklatura, die ihr Geld im Ausland sichergestellt hatte, in der Lage war, Eigentum zu erwerben. Das Gleiche ereignete sich in Ungarn: Die Erzkommunisten hatten ihre Konten in der Schweiz und in Luxemburg, auch weil ihre Kinder schon in westlichen Ländern studiert hatten. So konnten die damaligen Eliten sich das Produktivvermögen aneignen. Sie waren die ersten Kapitalisten. Als später dann – auch unter Putin – diese Oligarchen kritisch beäugt wurden, gab es keine legalen Mittel mehr, ihnen die Produktivvermögen wieder zu entziehen.

Dasselbe ereignete sich in der Ukraine und brachte die Klasse der Oligarchen hervor, welche alle Umbrüche überstanden hat.

A. Bleicher: *Die Konsequenz dieser Entwicklung ist, dass es in der Ukraine seit Mitte der 1990er Jahre eine sich stetig vergrößernde Kluft zwischen Arm und Reich gibt. Kann man den Konflikt in der Ukraine also auch als einen Verteilungskonflikt verstehen?*

F. Glasl: Ganz sicher! Man kann von einer stabilen Klasse von Oligarchen sprechen, die alles Vermögen besitzt. Die Aufbruchsbewegungen versuchen immer auch für sich eine ökonomische Perspektive zu entwickeln – und scheitern regelmäßig. Die Schere zwischen Arm und Reich geht auseinander, das ist wirklich erschreckend. Ich war auch zu Zeiten der UdSSR regelmäßig in Moskau und anderen sowjetischen Städten: Es gab damals keine Obdachlosen, die in Metrostationen übernachteten, keinen grassierenden Alkoholismus, keine Verelendung...

A. Bleicher: *Stellt diese Pauperisierung einen systemerhaltenden Faktor dar? Wer von Abstiegsgängsten geplagt wird, wählt das vermeintlich Sichere, gegebenenfalls den starken Mann...*

F. Glasl: ... und interessiert sich nicht für ein politisches System mit demokratischem Wettbewerb, das immer wieder Unsicherheiten generiert.

Die Problemlagen sind also die folgenden: Auch wenn das sprachliche Problem nicht zum Konflikt in der Ukraine führte, so wurden die Menschen dennoch verführt über Appelle an sprachliche Eigenheiten, religiöse Vorlieben oder historische Reminiszenzen. Die Chance, eine Diversität zu entwickeln, in welcher die politische Identität nicht

identisch sein muss mit der wirtschaftlichen und schon gar nicht mit der kulturellen, wurde nicht genutzt. Diese Entwicklung von etwas Neuem wurde von innen und von außen vehement verhindert. Denn hätte sich die Kultur erst einmal innerhalb ihrer eigenen Sphäre autonom entwickeln können, wäre sie nicht mehr zu instrumentalisieren gewesen von politischen oder ökonomischen Interessen.

Diese neue Entwicklung erachte ich auch in den nächsten 20 bis 30 Jahren nicht als realisierbar, da die Verhetzung zu groß ist. Wenn innerhalb eines Landes ein Krieg stattgefunden hat, muss erfahrungsgemäß sehr viel passieren, damit die Bevölkerung sich wieder versöhnt. Und dann noch eine konstruktive Form der Gestaltung zu finden, ist ein beinahe unmögliches Unterfangen. Möglicherweise hilft hier der Blick in die Schweiz, die ein Erfolgsmodell entwickelt hat im Umgang mit unterschiedlichen Identitäten.

A. Bleicher: Die Schweiz hat allerdings Verteilungsspielräume...

F. Glasl: ...ja, und nicht das krasse Verteilungsproblem wie in Osteuropa.

Beeinflussung des Ukraine-Konflikts von außen

A. Bleicher: Der Konflikt in der Ukraine kann nicht erschöpfend durch innerukrainische Konfliktlagen erklärt werden. Ein Teil des Konfliktes wird von außen in die Ukraine hinein transportiert. Wie beurteilen Sie das?

F. Glasl: Ich denke, dass das, was sich auf welt-politischer Ebene abspielt, großen Einfluss auf das Geschehen in der Ukraine hat und es dem Land schwer macht, in absehbarer Zeit zu nachhaltigen Lösungen zu gelangen. Russland und die asiatischen Ex-Sowjetrepubliken wollen einen eurasischen Wirtschaftsraum schaffen, der für Russland im Hinblick auf die politische und wirtschaftliche Hegemonie eine wichtige Rolle spielt. Putin treibt diesen Prozess voran und ist diesbezüglich im Dialog mit den eurasischen Staaten.

Nehmen wir das Beispiel TTIP, das den Versuch darstellt, einen westlich geprägten Wirtschaftsraum zu schaffen – ich behaupte unter Vorherrschaft der USA. Es ist aber auch ein Zeichen dafür, dass sich die Auseinandersetzungen zwischen Eurasien auf der einen und EU sowie Amerika auf der anderen Seite verschärft haben. Ich erlebe, dass die USA hier eine Art Abwehrkampf führen, während Russland und China, insbesondere aufgrund des chinesischen Wirtschaftswachstums, sich in der Offensive befinden. Wobei China die eigentliche

starke Kraft darstellt, trotz der jüngsten Turbulenzen an den Börsen und mit der Währung... Russland ist ökonomisch alles andere als stark, der Verfall des Rubels spricht da Bände.

„Es wurde... ein Feind benötigt...“

Dazu kommt noch, dass die Wirtschaftsimpulse der USA, auch die besonders innovativen wie die des Silicon Valley, ganz stark von der Rüstungsindustrie gespeist worden waren. Nach der Auflösung der Sowjetunion war den USA der Feind abhandengekommen – was ein großes Problem darstellte. Denn nun mussten sie sich auf die Suche nach einem neuen geeigneten Feind machen, um diese militärischen Investitionen gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Die NATO stand ja ohne Aufgabe da und damit war auch das Militärbudget überflüssig geworden. Es wurde also dringend ein Feind benötigt. Dieser Feind musste jedoch auch konventionelle Kriege führen können – und wollen – und nicht nur asymmetrische, wie es heute weithin üblich ist. Die USA wollten zentrale Kommandostrukturen, nicht etwa autonome Zellen, die eigenständig operieren und dann nicht mehr zurückzuholen sind, wenn sie sich einmal in Bewegung gesetzt haben. Als ein solcher Feind kam und kommt – solange China sich der militärischen Auseinandersetzung verweigert – nur Russland in Frage.

A. Bleicher: Inwiefern wirkte sich das aus Ihrer Sicht auf den Ukraine-Konflikt aus?

F. Glasl: Die EU-Erweiterung in die Pufferzonen (Polen, baltische Staaten, Ukraine, Moldawien, Rumänien und Bulgarien) hat ganz wesentlich mit der Ausdehnung des NATO-Militärsystems zu tun. Die betreffenden Staaten hatten kein sonderliches Interesse, sich dem eurasischen Modell anzuschließen und gerieten nun in das Spannungsfeld der hegemonialen Staaten, wo von zwei Seiten an ihnen gezerrt wird: vom Westen *und* vom Osten. Das betrifft alle Pufferstaaten.

Für die Ukraine stand außerordentlich viel auf dem Spiel, als die Proteste auf dem Maidan begannen. Die Ukraine war erpressbar, weil sie vor dem Kollaps stand, die Zahlungsunfähigkeit drohte. Die enorme Staatsverschuldung setzte das Land unter erheblichen Handlungsdruck, sodass es letztlich aus diesem Grund zu einer Verweigerung des Assoziierungsabkommens mit der EU kam, weil der damalige Präsident Janukowytsch zwar ein Hilfsangebot aus Russland hatte, jedoch keines aus dem Westen. Die Ukraine wurde vom Westen im Stich gelassen, als sie sich gerade ideell gegenüber der EU öffnete. Gleichzeitig bedeutete diese Öffnung nach Westen die potentielle militärische Einkreisung Russlands durch die NATO.

Ein Zeichen dafür, dass es der NATO mit dieser Einkreisung Russlands Ernst war, ist aus dem Versuch der NATO ersichtlich, in Polen, an der Grenze zu

Russland, Raketen zu stationieren – offiziell nur als Drohpotential gegenüber dem Iran. Das war jedoch wenig glaubwürdig, es handelte sich um Raketen, die gegen Russland gerichtet werden konnten.

Damit nicht genug, fanden – aus russischer Sicht – permanente Provokationen gegenüber Russland statt. Denn sollte die NATO nach Georgien vordringen – Georgien und die Ukraine hatten ja 2008 den Antrag gestellt, NATO-Mitglied zu werden –, wäre Russland militärisch außerordentlich verwundbar. Als Warnung griff russisches Militär im August 2008 Georgien an und hält seither Süd-Ossetien besetzt.

Die NATO hat also ein vitales Interesse daran, die Ukraine einzubinden und den Kalten Krieg neu zu entfachen, da er für sie ein Stück Existenzberechtigung bedeutet.

A. Bleicher: Was sind die Logiken in diesem neuen Kalten Krieg? Geht es dabei nur um die Beherrschung des Rohstoffriesen Russland, oder spielen die Transformationsideologien – Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft – auch eine treibende Rolle in der Auseinandersetzung?

F. Glasl: Indem in Russland immer wieder Bezug genommen wird auf die Auseinandersetzungen der Vergangenheit, also auf den „Großen Vaterländischen Krieg“ (d.i. der Zweite Weltkrieg), erfolgt dadurch auch eine gewisse Rehabilitierung des Stalinismus.

A. Bleicher: Für manche russischen Ökonomen stellt Stalin mittlerweile wieder eine quasi-sakrale Figur dar, die die Industrialisierung und Modernisierung erzwungen hat.

F. Glasl: Eine ansonsten tragfähige ideelle Orientierung vermag ich in Russland nicht zu erkennen.

Umgekehrt betreibt der Westen mit TTIP ein ökonomisches Harmonisierungsprogramm und versucht, seinen Wirtschaftsraum soweit wie möglich zu arrondieren. Dies wird dann flankiert von Versatzstücken wie Patriotismus, die Angst vor dem Islam und der vermeintlichen Gefährdung der christlichen Welt.

A. Bleicher: Handelt es sich also um eine gleichsam tragische Komödie eines Konflikts?

F. Glasl: Dass Putin immer wieder die Dekadenz des Westens bemüht – Homosexualität usw. – und betont, dass Russland dieser Dekadenz widerstehe, auch das ist ein Ersatz für Ideen. Auch die zelebrierte Nähe zur orthodoxen Kirche, die in keiner Weise zukunftsweisend erscheint, stellt ein

Substitut für tragfähige Ideen dar. Insofern hat es etwas Komödienhaftes.

Einordnung des Konflikts in die Konflikttypologie

A. Bleicher: Kann man den Ukraine Konflikt mit den Kategorien des heißen oder kalten Konflikts typisieren und welche Konfliktstadien würden Sie heranziehen, um die derzeitige Situation zu beschreiben?

F. Glasl: Zunächst muss unterschieden werden zwischen dem innerukrainischen Konflikt – zwischen dem westlichen und dem östlichen Teil – und dem außerukrainischen Konflikt – zwischen Russland und dem Westen –, der den innerukrainischen Konflikt befeuert.

Der innerukrainische Konflikt ist auf Stufe acht einzuordnen (vgl. Kasten zu den Konflikteskalationsstufen, S. 8). Dort ist es mittlerweile zu einer verhärteten militärischen Konfrontation gekommen, die einen heißen Konflikt darstellt, in dem jede Konfliktpartei immer wieder versucht, die im Minsker Abkommen vom 11.02.2015 vage definierten Demarkationslinien zu ihren Gunsten zu verschieben.

Das eigentlich Überraschende jedoch ist, dass der Konflikt zwar auf lokaler Ebene eskaliert ist, während ein vitales Interesse sowohl auf russischer Seite als auch auf Seiten der EU besteht, dass dieser eskalierende Konflikt nicht über die Grenzen der Ukraine gelangt. Somit haben wir es lokal mit einem heißen Konflikt zu tun, aber überregional mit einem eskalierenden kalten Konflikt – denken wir an die Wirtschaftssanktionen –, der bis zur Stufe sechs, manchmal bis zur Stufe sieben, eskaliert ist.

In diesem Zusammenhang ist die Annexion der Krim im März 2014 von Bedeutung. Es handelt sich – je nach Sichtweise – nicht per se um eine Annexion. Ich habe in der Zeit der Krimkrise in Jekaterinburg mit Akteuren verschiedenster sozialer Schichten zu tun gehabt. Von russischer Seite wird die Krim traditionell als Teil Russlands verstanden, historisch und militärisch. So befürworten etwa 80 % der Krimbewohner die Angliederung an Russland.

Die völkerrechtliche Seite ist auch nicht ganz einfach darzustellen. Der Vorwurf der Annexion ist unter Berücksichtigung des heutigen Völkerrechts nicht unbedingt haltbar. Es war äußerst dumm von der russischen Seite, die Abstimmung nicht korrekt zu gestalten, sondern mit Drohgebärden – Soldaten mit Kalaschnikow neben den durchsichtigen Wahlurnen – zu flankieren. Denn die Bevölkerung der Krim hätte sich auch in einer korrekten Abstimmung mehrheitlich für Russland entschieden.

Vom geltenden Völkerrecht her ist es so, dass es zwei Rechtsauffassungen gibt: Die eine besagt, dass die

territoriale Integrität auf keinen Fall verletzt werden darf – und die andere, dass sie aus humanitären Gründen sehr wohl verletzt werden dürfe (oder sogar müsse!). Aber sowohl Russland als auch die USA bemühten nach dem Zweiten Weltkrieg immer die Auffassung, die ihnen situativ gerade ins Konzept passte, wenden also selbst widersprüchliche Rechtsauffassungen an.

A. Bleicher: Dennoch taucht hier das Problem von 1917 wieder auf – Stichwort Selbstbestimmungsrecht der Völker –, denn selbst wenn eine Abstimmung mit 80 zu 20 % der Stimmen für die Sezession ausgeht, existiert ja eine Minorität, die sich majorisiert fühlen muss. Und man könnte dies ja noch weiter-spinnen: Was passiert, wenn sich die ganze Ostukraine abspaltet und einen eigenen Staat gründet bzw. beschließt, sich Russland anzuschließen?

F. Glasl: Das Problem ist die Wilson-Doktrin, die den Ethnozentrismus befördert und damit schon die Keimzelle des nächsten Krieges dargestellt hat. Ich denke sogar, der Westen hätte gegen das Krim-Referendum nichts einzuwenden gehabt, wenn es sich um ein Referendum gehandelt hätte, wie mehrere nach dem Ersten Weltkrieg stattgefunden hatten. Putin hat hier einfach überstürzt gehandelt. Denn das eigentliche Problem bleibt ja bestehen, die unbeantwortete Frage: Was geschieht mit der Minorität? Eine reife Demokratie zeichnet sich dadurch aus, dass sie die Rechte der Minderheiten und der Opposition respektiert.

Klassisch zeigt sich dieses Problem in den Balkanländern: Die Tito-Politik suchte die Lösung in der Durchmischung. Als Jugoslawien zusammenbrach, folgte mit Milošević die Ideologie der „ethnischen Säuberung“, mit allen damit verbundenen Konflikten.

Es wäre aber wichtig gewesen, ein nicht auf Trennung nach Religion, Kultur oder Ethnie hin gestaltetes Zusammenleben zu versuchen, auf der Grundlage eines gemeinsamen Rechtssystems – wie im bereits erwähnten Positivbeispiel der Schweiz. Ein geteiltes Rechtsverständnis mit geteilten Grundrechten auf gesamtstaatlicher Ebene und unter Ermöglichung einer kulturellen Vielfalt – da sind wir ganz nahe an der Dreigliederung – in Bezug auf Religion, Sprache usw. Damit müsste in allen Konfliktkonstellationen dieser Art Ernst gemacht werden; das Mehrheit-Minderheit-Spiel löst kein einziges Problem.

Die neun Stufen der Konflikteskalation nach Friedrich Glasl

1. **Verhärtung:** Die Standpunkte verhärten sich und prallen aufeinander. Das Bewusstsein bevorstehender Spannungen führt zu Verkrampfungen. Trotzdem besteht noch die Überzeugung, dass die Spannungen durch Gespräche lösbar sind. Noch gibt es keine starren Parteien oder Lager.
2. **Debatte, Polemik:** Es findet eine Polarisation im Denken, Fühlen und Wollen statt. Es entsteht ein Schwarz-Weiß-Denken und verbaler Kampf um Überlegenheit und Unterlegenheit.
3. **Taten statt Worte:** Die Überzeugung, dass „Reden nichts mehr hilft“, gewinnt an Bedeutung, man verfolgt eine Strategie der vollendeten Tatsachen. Die Empathie mit dem „anderen“ geht verloren, die Gefahr von Fehlinterpretationen wächst.
4. **Images/Koalitionen:** Die „Gerüchte-Küche“ kocht, Stereotypen und Klischees werden aufgebaut. Die Parteien manövrieren sich gegenseitig in negative Rollen und bekämpfen diese. Es findet eine Werbung um Anhänger statt.
5. **Gesichtsverlust:** Es kommt zu öffentlichen und direkten (verbotenen) Angriffen, die auf den Gesichtsverlust des Gegners abzielen.
6. **Drohstrategien:** Drohungen und Gegendrohungen nehmen zu. Durch das Aufstellen von Ultimaten wird die Konflikteskalation beschleunigt.
7. **Begrenzte Vernichtungsschläge:** Der Gegner wird nicht mehr als Mensch gesehen. Begrenzte Vernichtungsschläge werden als „passende“ Antwort durchgeführt. Umkehrung der Werte: Ein relativ kleiner eigener Schaden wird bereits als Gewinn bewertet.
8. **Zersplitterung:** Die Zerstörung und Auflösung des feindlichen Systems wird als Ziel intensiv verfolgt.
9. **Gemeinsam in den Abgrund:** Es kommt zur totalen Konfrontation ohne einen Weg zurück. Die Vernichtung des Gegners zum Preis der Selbstvernichtung wird in Kauf genommen.

Vgl. Friedrich Glasl: Konfliktmanagement. Ein Handbuch für Führungskräfte, Beraterinnen und Berater. Haupt-Verlag Bern, Stuttgart, Wien, 11. Aufl. 2013. S.a. https://de.wikipedia.org/wiki/Konflikteskalation_nach_Friedrich_Glasl

A. Bleicher: *Diese widersprüchlichen völkerrechtlichen Positionen und Praktiken werden in den Medien jedoch nicht aufgegriffen. Es wird dort nur mehr ein Schwarz-Weiß-Bild gezeichnet.*

F. Glasl: Völkerrechtlich galt früher die territoriale Unversehrtheit als dominantes Prinzip, heute müssen Eingriffe durch unhaltbare humanitäre Gegebenheiten legitimiert sein. Es hat – das kann ich nachvollziehen – aus russischer Sicht schon so ausgesehen, als sei während der Krim-Wirren eine humanitäre Intervention nötig und damit gerechtfertigt.

Szenarien der Entwicklung

A. Bleicher: *Samuel Huntington hat in seinem bereits erwähnten Werk „Kampf der Kulturen“ für die Ukraine drei Entwicklungsszenarien vorgestellt. Das zutreffendste geht von einer Spaltung des Staates aus. Welches Szenario halten Sie, die Entwicklung der Ukraine betreffend, für wahrscheinlich?*

F. Glasl: Auch wenn es den Ukrainern nicht gefällt – ich denke, dass die Teilung unumgänglich ist. Ich gehe nicht davon aus, dass sich die Ostukraine Russland anschließt, wie das im Fall der Krim geschehen ist. Dass die Eskalationsstufe acht eindeutig erreicht war, ergibt sich daraus, dass die miteinander bitter verfeindeten Teile nicht mehr bereit und fähig sind, das Modell weitgehender Autonomie innerhalb eines „Gesamtdaches Ukraine“, zu akzeptieren und unter einer gesamtstaatlichen Regierung à la Schweiz zu leben. Nach so viel Gewalt und gegenseitigen Schuldzuweisungen muss erst aufwendige Versöhnungsarbeit geleistet werden.

Dazu kommt, dass unbedingt interne Reorganisationen und Restrukturierungen erfolgen müssen. Denn in der Ostukraine sind in den staatlichen Organen – vor allem in der Polizei und der Verwaltung – Akteure tätig, die dort nicht aufgrund ihrer Fähigkeiten hingekommen sind, sondern aufgrund ihrer militärischen Stellung. Es bedarf also außerordentlicher Anstrengungen, dort wieder ein funktionierendes staatliches System herzustellen; die Situation in der Ukraine ist in vielem vergleichbar mit der Zeit nach der Kapitulation Deutschlands, mit der Entnazifizierung.

Ich erachte es als höchst unwahrscheinlich, dass diese Positionen, die heute in der Ostukraine aufgrund militärischer Meritokratie besetzt sind, freiwillig geräumt werden für einigermaßen fähige Akteure. Hinzu kommt, dass viele – im Grunde fähige Akteure – sich aufgrund der Situation opportunistisch verhalten mussten. Das kann man den Menschen gar nicht vorwerfen; aber sie sind deshalb nicht mehr glaubwürdig.

Dieses Problem besteht in der Westukraine umgekehrt genauso: Wie wird man die Kräfte wieder los, die sich – stark nationalistisch aufgeladen – gegen die Ostukraine positioniert haben, also die SWOBODA, die Söldner; die Privatheere der Oligarchen usw.?

Nachhaltige Entwicklungen werden eher regional verankert sein, im Osten wie im Westen. Was ja nicht ausschließt, dass man interregional langfristig wieder zu kooperativen Beziehungen gelangt. Das hat aber auch einen großen Vorteil: Eine zunächst regional verlaufende Entwicklung verhindert, dass permanent gefragt wird: Wer ist jetzt der Sieger, wer dominiert wen?

A. Bleicher: *Was bedeutet die Abspaltung des Ostens ökonomisch?*

F. Glasl: Der industrialisierte Bereich der Ukraine, der überwiegend auf Russland ausgerichtet ist, wird prosperieren. Der Export geht nach Russland und Russland ist auf die Güter aus der Ukraine angewiesen. Das wäre ja auch dann nicht zu ändern gewesen, hätte sich die Ukraine als Ganzes für die EU-Mitgliedschaft entschieden.

Der Westen hätte keine Exportgüter aus der Ukraine aufnehmen können, d.h. der Export der Ukraine ist auf den Abnehmer Russland geradezu angewiesen. Es hätte zahlreicher finanzieller Transfers der EU bedurft, um in der Ukraine eine neue Wertschöpfungsstruktur aufzubauen. Ich glaube nicht, dass das leistbar gewesen wäre, denn die Oligarchenstruktur verhindert ja eine vernünftige wirtschaftliche Entwicklung.

Summiert man all das bisher Ausgeführte, ist das Szenario der Ukraine als Gesamtstaat kaum vorstellbar. Es erscheint einfacher, den beiden Regionen eine je eigene wirtschaftliche Perspektive zu eröffnen – wobei auch das noch eine Herkulesaufgabe darstellt. Der Osten ist von den russischen Märkten abhängig und der Westen muss eine Situation herstellen, die Investitionen in der Westukraine ermöglicht.

Zu meinem Szenario gehört jedoch dazu, dass der Westen (also die EU) sagt: Die Entwicklung der Ostukraine ist auch uns ein Anliegen, ist eine Herausforderung, die uns betrifft. Es ist allzu naheliegend, zu sagen, mit der Ostukraine soll Russland fertig werden und der Westen soll sich nur um die Westukraine kümmern.

Ein Beispiel für diese kontraproduktive westliche Haltung stellt der Umgang mit dem Hilfskonvoi, bestehend aus den weißgestrichenen 280 LKW, dar, der im August 2014 von Russland aus in die Ostukraine in Bewegung gesetzt worden war. Auf den LKW waren sicherlich auch militärische Güter. Wieso hat nun die EU nicht gesagt: „Wunderbar, humanitäre Hilfe ist erwünscht, egal ob vom Osten oder Westen: Das Rote Kreuz und die OSZE sollen

sich zusammenschließen, den Transfer gemeinsam organisieren und gleichzeitig sicherstellen, dass es nur um humanitäre Hilfe geht.“? Warum wurde diese vom Osten ausgehende Hilfsaktion von Beginn an vom Westen diffamiert, anstatt der Propagandaaktion sozial intelligent den Wind aus den Segeln zu nehmen und zu sagen: „Wir kooperieren!“

Da hätte Russland nicht „Njet“ sagen können.

„...gemeinsam Sorge tragen...“

Die Situation in der Ostukraine stellt für den Westen eine humanitäre Herausforderung dar. Hilfe ist notwendig. Denn es funktioniert nicht so, dass der Westen für die Westukraine sorgt und Russland für die Ostukraine. Beide müssten für beide Teile der Ukraine gemeinsam Sorge tragen. Zudem wäre Entwicklungshilfe in Sachen Aufbau wirklich demokratischer Strukturen nötig. Ich weiß aber nicht, ob die Westukraine momentan für ein solches Hilfsangebot empfänglich wäre. Man folgt dort dem Modell eines amerikanisierten Europas nach dem Muster: Marktwirtschaft und Demokratie müssen als Institutionen in die Ukraine transferiert werden. Ansonsten gibt es in ihren Augen keine gesellschaftlichen Institutionen, die eine Rolle spielen.

Ganz allgemein sind intensive Gespräche notwendig. Und wenn Vereinbarungen zum 100. Mal gebrochen werden, dann geht man zum 101. Mal wieder hin und versucht, eine Demilitarisierung zu erreichen, damit das Ergebnis nicht ein Failed-State ist, im Osten wie im Westen. Hier wäre Europa stärker gefordert, es sollte die Bühne nicht den USA überlassen.

Das Szenario der Spaltung bedeutet aber auch, dass der kalte Konflikt der großen Wirtschaftsräume, der die Ukraine nach wie vor umgibt, weiterbesteht und die Situation immer wieder negativ beeinflussen kann.

A. Bleicher: Herr Glasl, wir danken für das Gespräch ■

Friedrich Glasl,

geboren 1941 in Wien. Ausbildung zum Schriftsetzer, danach Studium der Politologie in Wien, 1967 Dissertation zur internationalen Konfliktverhütung. Beruflich tätig für die Unesco, in der Stadtverwaltung Linz, in Druckereien und Verlagen und als Regieassistent eines Kellertheaters. 1966 Emigration nach Holland. 1967 bis 1985 tätig am NPI (Institut für Organisationsentwicklung, gegründet von Bernard Lievegoed) in der Unternehmensberatung, Forschung und Lehre. 1983 Habilitation für Organisationswissenschaften (Universität Wuppertal). 1985 Rückkehr nach Österreich. Mitbegründer der Trigon-Entwicklungsberatung und Dozent für Organisationsentwicklung (Universität Salzburg, zurzeit Visiting Professor an der Staatlichen Universität Tbilissi, Georgien).

André Bleicher,

geb. 1963; Ausbildung zum Elektromechaniker, Studium der Betriebswirtschaftslehre und Soziologie, Gründungsmitglied des Lorenz Oken Instituts, Herrischried, und des Instituts für soziale Gegenwartsfragen, Stuttgart, Tätigkeit als Organisations- und Kooperationsentwickler in Netzwerken kleiner und mittlerer Unternehmen, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der BTU Cottbus und der Universität Leipzig, Gastprofessor für Comparative Institutionalism an der Universität Lumière II Lyon, Professor für Business Development and Economics an der FH Salzburg, seit 2012 an der Hochschule Biberach, Lehrgebiete: Unternehmensführung und Organisation.